Nummer 333. XXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag, 3. Juli 1893.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Zuchtpeitschung der Homerule-Bill.

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 1. Juli.

Das Kabinet Gladstone hat entschieden, daß bis zu Ende Juli die Homerule-Bill durchberathen sein soll. Nach den Einen hätte der Premier sich lange gegen die Forderung der Heißsporne des Kabinets gesträubt, Gewaltmaßregeln gegen die Obstruktion der Minorität zu ergreifen. Nach der Anderen hätte die Maßregel seit 14 Tagen in der Luft gelegen und Gladstone hätte nur die vier ersten Artikel seiner Vorlage durchberathen wollen, die er für den Angelpunkt derselben hält. Offenbar würde der Premier sich aber von der Majorität seiner Kollegen verlassen gesehen haben, wenn er ihrem Drängen nicht nachgegeben hätte. Sie mögen ins Feld geführt haben, daß bei dem bisherigen Tempo der Berathungen keine Zeit mehr übrig bliebe für die Diskussion gewisser dringender, für England eingebrachter Gesetze, daß dadurch eine Verstimmung bei den Wählern eintreten und die liberale Sache bei den nächsten Wahlen ernstlich Gefahr laufen könnte. Die Tories haben selber durch ihren ewigen Hinweis darauf, daß es unmöglich sein würde, das Gesetz noch in dieser Session durchzubringen, dem Kabinet die Gründe für eine zwangsweise schnellere Berathung gegenüber der „Obstruktion" der Minorität in die Hand gegeben. Natürlich wehren sich die Konservativen gewaltig gegen den Vorwurf der Obstruktion und erklären, daß eine solche Vorlage, welche dazu bestimmt sei, die einheitliche Regierung Großbritanniens zu zerstören, nicht sorgfältig genug durchberathen werden könne. Sie weisen nicht ohne Glück und nicht ohne Berechtigung darauf hin, daß im Laufe der Diskussion bereits einige ihrer Amendements zur Annahme gelangt sind.

Wir sehen selbstverständlich dieser hier mit übergroßer Heftigkeit behandelten Angelegenheit, in welcher man im Tory-Lager eine Art Revolution hat sehen wollen, sehr kühl und objektiv gegenüber. Uns muthet es in der That fremd an, daß man eine Frage von solcher Bedeutung, eine Frage, welche die großbritannische Einheit betrifft, mit gedrängener Marschroute durchberathen soll. Es will uns namentlich die Motivirung nicht einleuchten, daß die Opposition bei der Berathung der „Verbrecher-Akte" ganz analog verfahren sei. Wenn eine konservative Regierung die Diskussion erstickt hat, so ist es doch eben Sache einer liberalen Regierung, der Diskussion freien Lauf zu lassen. Aber die Sache liegt auch nicht so, wie das Kabinet Gladstone glauben machen möchte. Die Majoritäten für die Homerule-Bill sind gar kleine. Wir sind schon auf einige zwanzig Stimmen Majorität herumgekommen. Die Wähler stehen sich fast zu gleichen Theilen gegenüber. Bei der Durchpeitschung der „Verbrecher-Akte" hatte die konservative Partei eine Majorität von über 150 Deputirten für sich; es lag auf der Hand, daß das Land die Einführung dieses Gesetzes in seiner großen und erdrückenden Majorität wünschte. Aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt ist der herangezogene Präzedenzfall nicht zutreffend. Die „Verbrecher-Akte" war eine unmittelbar nothwendige Maßregel um dem Boycott-System und dem gesetzlosen Treiben der ir. n Revolutionäre in Irland ein Ziel zu setzen. Je länger das a ein Gesetz gegründete energische Einschreiten hinausgeschoben wu °, desto mehr dehnte sich das Uebel aus. Die Homerule-Berathung, scheint uns nicht von so absoluter Dringlichkeit, um ihre weitere Berathung nicht auf eine fernere Session zu vertagen; oder fürchtet das Kabinet, daß sich auf die Iren zu stützen gezwungen ist, bei einer Vertagung, diese aus seiner Majorität zu verlieren? Es scheint uns das eine überflüssige Furcht. Die Iren sind für ihr Homerule ebenso sehr auch Gladstone angewiesen, wie dieser auf sie angewiesen ist.

Im Auslande wird die Gladstonesche Maßregel selbst bei Verehrern desselben keinen ungetheilten Beifall finden. Wer genau der Diskussion der Vorlage gefolgt ist, der wird finden, daß sie durchaus nicht ausgereift ist, und wer den Iren eine eigene Regierung wünscht, der wird auch wünschen, daß diese auf weniger schwankendem Boden gegründet werde.

Es ist aber außerdem zweifelhaft, ob die Maßregel, obwohl durch taktische Rücksichten bestimmt, taktisch wirklich richtig ist. Es ist für Niemanden ein Geheimniß, daß die Homerule-Bill, in welcher Gestalt sie auch aus den Berathungen des Unterhauses hervorgehen mag, vom Oberhause verworfen werden wird. Das Odium dieser Verwerfung wäre dann an diesem Theile der gesetzgebenden Körperschaft, welcher den Liberalen seit langer Zeit auf die Nerven schlägt, hängen geblieben und hätte vermuthlich das Ansehen des Oberhauses im Lande erheblich erschüttert. Das ist nun durch die Gladstonesche Maßregel vollständig anders geworden. Das Oberhaus ist mit dieser Zwangsberathung unter Hinweis auf die schwache Gladstonesche Majorität für eine Ablehnung der Bill durchaus gedeckt. Es ist vollständig berechtigt, heute zu erklären, daß es nun und nimmermehr einen Gesetzentwurf seine Zustimmung geben könne, der aus einer „verkrüppelten" Berathung des Unterhauses hervorgegangen ist.

Es ist übrigens noch immer keine ausgemachte Sache, daß der Entwurf nicht bei Artikel 9, dem Finanzparagraphen, zu Falle kommt. Die amerikanischen Parnelliten verlangen energisch, daß ihre irischen Freunde sich mit den Abfindungen des gegenwärtigen Entwurfs nicht zufrieden geben sollen.

Wie auch die Würfel über Homerule fallen mögen, so wird das Resultat doch immer viel mehr das einer parlamentarischen Spekulation als das Ergebniß einer ehrlichen und offenen, von der ...en Majorität des Landes gestellten Forderung sein. Denn es ...icht in Abrede zu stellen, daß die Majorität des englischen und ...ischen Volkes entschieden gegen diese Loslösung Irlands von ...und ist, da das Kabinet Gladstone nur seine Majorität den ...t Abgeordneten verdankt.

...ch den heutigen Zeitungen würden übrigens die Unionisten ...2 Gladstoneschen Erklärungen mit der Berathung in dem ...nen Tempo fortfahren.

...Morgen also tritt er zum ersten Male zusammen, der **neue** ...stag. Ob das Volk, die Wählerschaft, an seinem jüngsten ...viel Freude haben wird, läßt sich heute noch ebensowenig ...wie am Tage der Wahl. Die Entscheidung über die Frage, ...willen die Regierung zur Auflösung der Volksvertretung ...ko ist, liegt noch sehr im Dunkeln. Unter gewissen Voraus...ird eine kleine Mehrheit für die Heeresvermeh... ...handen sein, aber die Majorität ist so gering, daß ein unbedeutender Anlaß genügen könnte, um sie in eine Minorität zu verwandeln. Gegen die Militärvorlage in der unveränderten Form des Antrags Huene ist ein Theil der Freisinnigen Vereinigung, ein Theil der Polen und ein Theil der Antisemiten. Es hängt alles davon ab, ob es den Freunden der Vorlage in diesen Fraktionen gelingen wird, die Gegner auf die Seite der Regierung hinüberzuziehen, und ob der Reichskanzler zu weiteren Konzessionen, namentlich bezüglich der zweijährigen Dienstzeit, bereit sein wird, nachdem er sich überzeugen konnte, daß es doch nicht gar so leicht ist, durch Neuwahlen eine sichere Majorität zu erlangen. In dieser Sachlage hat sich während der letzten Woche nichts geändert. Wenn aber auch nichts vorgekommen ist, was das Schicksal der Militärvorlage zu beeinflussen geeignet wäre, so sind in der Zwischenzeit doch zwei Ereignisse eingetreten, welche jedenfalls auf die Berathungen des Reichstages nicht ohne Wirkung bleiben werden. Die Veröffentlichung des russischen Maximal-Zolltarifs, sowie der Uebergang Indiens zur Goldwährung und der gleichzeitige erneute Sturz des Silberpreises werden in den Debatten sicherlich nicht unerwähnt bleiben. Wir müssten unsere Agrarier schlecht kennen, wenn sie nicht diese Dinge zum Gegenstande von Anfragen, Interpellationen oder Anträgen machen würden, um daran wieder einmal die bekannten Klagen über die Nothlage der Landwirthschaft zu knüpfen.

* Die **Abweichungen** des **neuen** Heeresgesetzentwurfs vom **Antrag Huene** sind bei Artikel II lediglich redaktioneller Natur. Im Artikel I heißt es dagegen im § 2 neu: Anstatt 24 werden nur 23 Pionier-Bataillone formirt. Der Grund für diesen Wegfall eines Pionier-Bataillons besteht in Folgendem: Baiern hat jetzt 2 Pionier-Bataillone zu je 5 Kompagnien und wollte einen Bataillonsstab und eine Kompagnie neu formiren, so daß es dann 2 Pionier-Bataillone zu je 4 Kompagnien und ein Pionier-Bataillon zu 3 Kompagnien gehabt haben würde. Diese Absicht ist wegen des Abstrichs an der Friedenspräsenz aufgegeben. Baiern behält auch ferner nur 2 Pionier-Bataillone. Durch die Uebernahme des württembergischen Fußartillerie-Bataillons Nr. 13 auf den preußischen Etat ist schließlich ein Zusatz im Artikel V bedingt.

---

* Die plötzliche **Entlassung** des **Bürgermeisters Spieß** in Schlettstadt, über welche wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, wirbelt in der gesammten Presse noch immer viel Staub auf. Sämmtliche Blätter stimmen mit uns darin überein, daß sie in dieser Maßregelung eines elsässischen Bürgermeisters ein Nachspiel der jüngsten Wahlen in den Reichslanden erblicken. Selbst die „Straßb. Post", welche wegen ihres moßvollen Tones und ihrer Zurückhaltung in der Kritik reichsländischer Verhältnisse bekannt ist, zollt dem diktatorischen Vorgehen des Statthalters nur eine sehr kühle Beurtheilung. Sie begleitet die Nachricht mit einem längeren Kommentar, welcher im Wesentlichen mit der von uns vertretenen Auffassung übereinstimmt. Nachdem es sich zunächst dagegen verwahrt hat, daß man in dem Bürgermeister Spieß einen offenen oder verkappten Protestler im eigentlichen Sinne des Wortes zu erblicken habe, vielmehr offen die großen Verdienste des Bürgermeisters um die Stadt Schlettstadt anerkannt und dessen Ausscheiden schon aus diesem Grunde bedauert hat, schreibt das Straßburger Blatt:

„Im Uebrigen wollen wir noch bemerken, daß Maßregeln wie die Amtsentsetzung des Herrn Spieß stets etwas vom Charakter des zweischneidigen Schwertes an sich haben. Sie machen auf jeden Fall viel böses Blut. Wir glauben nicht, daß die Regierung in diesen Fällen ab irato gehandelt habe, wie man in den betroffenen Kreisen anzunehmen geneigt ist. Wir nehmen im Gegentheil an, daß sie nach reiflicher Erwägung und triftigen Gründen so vorgegangen ist, wie sie es für nothwendig hielt. Aber nun heißt es auch, die Konsequenzen ziehen und fest bei der Stange bleiben! Sonst sind und bleiben derlei vereinzelte politische Handlungen nur — Schläge ins Wasser."

Schläge ins Wasser, das ist das richtige Wort. Dunkel bleibt nur, was die „Straßb. Post" mit dem „Konsequenzen ziehen" und „bei der Stange bleiben" sagen will. Sollte sie hiermit für die Zukunft einer Politik fortgesetzter Gewaltakte das Wort reden wollen, so würde sie sich dadurch nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit dem anständigeren Theile der deutschen Presse in Widerspruch setzen.

Wahlnachklänge.

* In **Hemau** in der Nähe von Regensburg hatte, wie uns von dort geschrieben wird, schon seit Beginn der Wahlagitation in der Bevölkerung eine starke Gährung Platz gegriffen, die in der Nacht vom 30. Juni ihren Höhepunkt erreichte. Hemauer und Dietfurter Bewohner, etwa 70 an der Zahl, begannen eine **Revolte** beim Postgasthofe zu Hemau, indem sie zuerst die Fenster einwarfen. Die Postillone, welche die Exzedenten abzuwehren suchten, wurden mißhandelt; dann ging es zur Wohnung der Richterbeamten, wofelbst sie ebenfalls die Fenster demolirten. Der Hauptangriff wurde auf die Wohnung des praktischen Arztes Dr. Humbertshund gemacht, der Protestant ist und zur Zeit einen Prozeß mit einem katholischen Geistlichen wegen Beleidigung ꝛc. führt. Als die Gensdarmen erschienen, richtete sich die Wuth der Exzedenten gegen diese. Die Gendarmen wurden zu Boden geschlagen und mit Stöcken geprügelt. Sie hatten vorher blank gezogen und waren auf die Menge eingedrungen; die Uebermacht der Bauern war jedoch zu groß. Als der Bezirksamtmann von Vorsberg erschien, stürzten sich mehrere der Bauern auf denselben und schlugen dermaßen auf ihn ein, daß er am Kopfe lebensgefährlich verletzt wurde. — Das Militär von Regensburg ist bereits nach Hanau entsandt worden, um die Ruhe wiederherzustellen, da man eine weitere Revolte befürchtete. Ein Regierungskommissar und der erste Staatsanwalt aus Regensburg haben sich nach Hanau begeben, um die Untersuchung wegen Landesfriedensbruch einzuleiten. Zahlreiche Verhaftungen sind bereits vorgenommen, und viele stehen noch bevor. Der Grund zu dieser Revolte sollen die Landtagswahlen sein. Wer die Bauern aufgehetzt hat, darüber hat man zur Zeit nur Vermuthungen; die Untersuchung wird Gewißheit bringen.

🖙 „Wer schimpft hat Unrecht", heißt es im Volksmunde. Diesen populären Rechtssatz sollte sich zu ihrem Vortheil auch eine gewisse konservativ-antisemitische Presse merken, die gegen ihre politischen Widersacher stets einen Ton anzuschlagen beliebt, dessen derbe Realistik die überfeinste Höflichkeit eines entwickelten Kulturlebens durchaus abgestreift hat. Die Wahrheit des hier angezogenen Sprichwortes wird wieder einmal bestätigt durch die Erörterungen, welche seit einigen Tagen über die unliebsamen **Vorgänge an der Bergakademie in der alten sächsischen Silberstadt Freiberg** angestellt werden. Jene ausländischen Hörer, welche dort sozialdemokratische Wahlversammlungen besuchten, werden von der konservativ-antisemitischen Presse vielfach als „freche Hebräer" bezeichnet; daß es sich um „Juden" handele, so heißt es, könne man schon daraus schließen, daß die „jüdisch-freisinnige" Presse gegen diese Hörer kein Wort des Tadels bringe. Nach einer uns vorliegenden Mittheilung haben in Freiberg etwa zwanzig Versammlungen mehr oder weniger in sozialdemokratischen Kreisen verkehrt. Unter diesen Zwanzig waren jedoch nur vier Juden, die übrigen gehörten der römischoder griechisch-katholischen Kirche an. Auch handelt es sich keineswegs allein um Russen, sondern unter den studentischen Besuchern sozialdemokratischer Versammlungen sollen sich auch Schweizer, Armänen, Italiener, Ungarn und Deutsche befunden haben. Es ist jedenfalls unrichtig, diese Studenten ohne Weiteres als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Einzelne von ihnen haben auch, wie ihre jetzt aufklärerisch gegen sie auftretenden Kommilitonen, antisemitische und konservative Versammlungen besucht. Unter den bekanntlich von der Akademie verwiesenen vier Studenten befindet sich ein Pole, ein Ungar, ein Armäne und ein Italiener; drei andere Studenten haben freiwillig ihren Austritt erklärt. Doch die leidige Angelegenheit wird hiermit noch keineswegs erledigt sein. Die Sozialdemokraten gedenken, die Freiberger akademischen Vorgänge zum Gegenstand einer Interpellation zu machen, sobald der sächsische Landtag zusammentritt, so daß die Sache dann nochmals die breiteste Oeffentlichkeit beschäftigen wird.

🖙 **Genthin.** Wie bedeutungsvoll ein Stückchen Papier werden kann, das zufällig zu einem Stimmzettel verwendet worden ist, hat der Nachtwächter Friedrich Elsholz in dem benachbarten Orte Fienerode zu seinem Schaden erfahren müssen. Dieser Elsholz hat sowohl für die Sicherheit des Ortes als auch für die Sicherheit des Amtes Fienerode zu sorgen, welches der königliche Oberamtmann und Amtsvorsteher Himburg in Pachtbesitz hat. Da der Nachtwächter Elsholz am Wahltage mit der Erfüllung seiner Wahlpflicht etwas auf sich warten ließ, so schickte der als Wo orsteher fungirende Oberamtmann Himburg seinen Inspektor D m mit einem Stimmzettel an Elsholz, dem er durch den Ueberbrin er sagen ließ, er solle den Zettel abgeben, sonst würde er ihn in Bezug auf seinen Nachtwächterdienst bestrafen. Elsholz besah sich den Zettel näher und fand, daß auf demselben der Name des konservativen Kandidaten, des Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen, von der Hand des Oberamtmanns Himburg geschrieben stand. Da dieser Kandidat unserem Nachtwächter nicht sympathisch war, verriente er, die ausg rochene Drohung nicht beachtend, einen mit dem Namen des fre eigen Kandidaten versehenen Stimmzettel den Tiefen der Wahlu e n. Als nun nach beendeter Wahl das Resultat derselben er ttelt wurde, fand sich trotz eifrigsten Suchens der geschriebene Z el nicht vor und dem verblüfft dreinschauenden Wahlvorsteh. blieb nur die einzige richtige Annahme übrig, daß sein Einfluß an der Ueberzeugungstreue eines Nachtwächters gescheitert sei. Diese schnöde Undankbarkeit durfte nicht ungesühnt bleiben. Am folgenden Morgen begab sich deshalb der Oberamtmann Himburg in Begleitung seines Inspektors Damm zu dem Nachtwächter Elsholz, welchem er den Nachtwächterposten zum 1. Juli er. kündigte und zwar mit der Begründung, daß er bei der Wahl den geforderten Gehorsam nicht erfüllt habe. Zugleich forderte er Elsholz auf, einen kleinen hölzernen Vorbau, den sich dieser vor etwa 10 Jahren zum Schutze gegen die Kälte vor der Thür seiner auf dem Gutshofe belegenen Wohnung errichtet hatte, sofort wieder wegzureißen. Elsholz erklärte, daß er sich erst erkundigen wolle, ob er zur Wegreißung des Vorbaues verpflichtet sei, und begab sich dann zu dem Schulzen des Ortes, welchem er von dem Vorgefallenen Mittheilung machte. Als Elsholz gegen Mittag zurückkehrte, fand er vor seiner Wohnung den Inspektor Damm und zwei mit Aexten ausgerüstete Gutsarbeiter Namens Peter und Krone. Der Inspektor Damm wiederholte nun im Auftrage seines Herrn die Aufforderung wegen sofortigen Abbruchs des Vorbaues und setzte hinzu, daß er Anweisung hätte, im Weigerungsfalle den Vorbau sofort wegreißen zu lassen. Im Laufe des sich entwickelnden sehr heftigen Gespräches setzte der Inspektor Damm den Nachtwächter auf die Schultern, welcher nun, um seine Sicherheit besorgt, die Nachtwächterlampe zur Abwehr ergriff. Dieselbe wurde dem siebzig Jahre alten Elsholz sofort entrissen, er selbst von den Dreien zu Boden geworfen und gemißhandelt und dann vor den Oberamtmann geführt. Der Schluß bildete dann die Demolirung des Vorbaues. Indem wir uns jeden Kommentars zu obiger Darstellung enthalten, sprechen wir die Hoffnung aus, daß das Vorgehen des Oberamtmanns Himburg und seiner Helfershelfer gebührend geahndet werde. (Wir fügen außerdem noch hinzu, daß dieser eklatante Fall einer widergesetzlichen Wahlbeeinflussung in dem Wahlproteste zur Sprache kommen wird. D. Red.)

---

* Die von Pariser und Londoner Blättern gebrachten Gerüchte über eine **Palastrevolution in Konstantinopel** werden, wie aus Konstantinopel geschrieben wird, dort für vollständig aus der Luft gegriffen erklärt. Das Gerücht hat allem Anscheine nach das Fragment einer Verdächtigungs-Affaire zur Grundlage, die sich dort abgespielt, und bei der es sich um Folgendes gehandelt hat. Kürzlich sind zwei im Majorsrang stehende Offiziere des Sprachstabes der Inspektion Damm den Nachtwächter auf die Schultern, welcher nun, um seine Sicherheit besorgt, die Nachtwächterlampe zur Abwehr ergriff. Dieselbe wurde dem siebzig Jahre alten Elsholz sofort entrissen, er selbst von den Dreien zu Boden geworfen und gemißhandelt und dann vor den Oberamtmann geführt. Der Schluß bildete dann die Demolirung des Vorbaues. Indem wir uns jeden Kommentars zu obiger Darstellung enthalten, sprechen wir die Hoffnung aus, daß das Vorgehen des Oberamtmanns Himburg und seiner Helfershelfer gebührend geahndet werde. (Wir fügen außerdem noch hinzu, daß dieser eklatante Fall einer widergesetzlichen Wahlbeeinflussung in dem Wahlproteste zur Sprache kommen wird. D. Red.)

---

* Die von Pariser und Londoner Blättern gebrachten Gerüchte über eine **Palastrevolution in Konstantinopel** werden, wie aus Konstantinopel geschrieben wird, dort für vollständig aus der Luft gegriffen erklärt. Das Gerücht hat allem Anscheine nach das Fragment einer Verdächtigungs-Affaire zur Grundlage, die sich dort abgespielt, und bei der es sich um Folgendes gehandelt hat. Kürzlich sind zwei im Majorsrang stehende Offiziere des Sprachstabes der Inspektion Damm den Nachtwächter auf die Schultern, welcher nun, um seine Sicherheit besorgt, die Nachtwächterlampe zur Abwehr ergriff. Dieselbe wurde dem siebzig Jahre alten Elsholz sofort entrissen, er selbst von den Dreien zu Boden geworfen und gemißhandelt und dann vor den Oberamtmann geführt. Der Schluß bildete dann die Demolirung des Vorbaues. Indem wir uns jeden Kommentars zu obiger Darstellung enthalten, sprechen wir die Hoffnung aus, daß das Vorgehen des Oberamtmanns Himburg und seiner Helfershelfer gebührend geahndet werde. (Wir fügen außerdem noch hinzu, daß dieser eklatante Fall einer widergesetzlichen Wahlbeeinflussung in dem Wahlproteste zur Sprache kommen wird. D. Red.)